

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Bundesräte Mag. Erlitz

und GenossInnen

betreffend 800 zusätzliche LehrerInnen-Dienstposten für Integrationsunterricht

eingebracht im Zuge der Debatte zu TOP 8: 2. Schulrechtspaket 2005

Bildungsministerin Gehrer und Finanzminister Grasser haben am 24. November 2005 gemeinsam eine Finanzierungszusage der Bundesregierung für zusätzliche 300 LehrerInnen-Dienstposten für die vorgesehenen Sprachförderkurse im Rahmen des Schulrechtspakets II abgegeben. Allerdings hat die Landeshauptleutekonferenz am 4. November 2005 einstimmig eine Resolution verabschiedet, dass für die tatsächliche Anzahl ausländischer SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache bundesweit ein Bedarf von 700 bis 800 IntegrationslehrerInnen gegeben sei. „Die Integrationsfrage und Sprachförderung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache ist ein Problem, das dringend gelöst werden muss“, betonte der Vorsitzende der Landeshauptleutekonferenz, LH Dr. Jörg Haider, am 4. November 2005 im Anschluss an die Herbsttagung der Landeshauptleute.

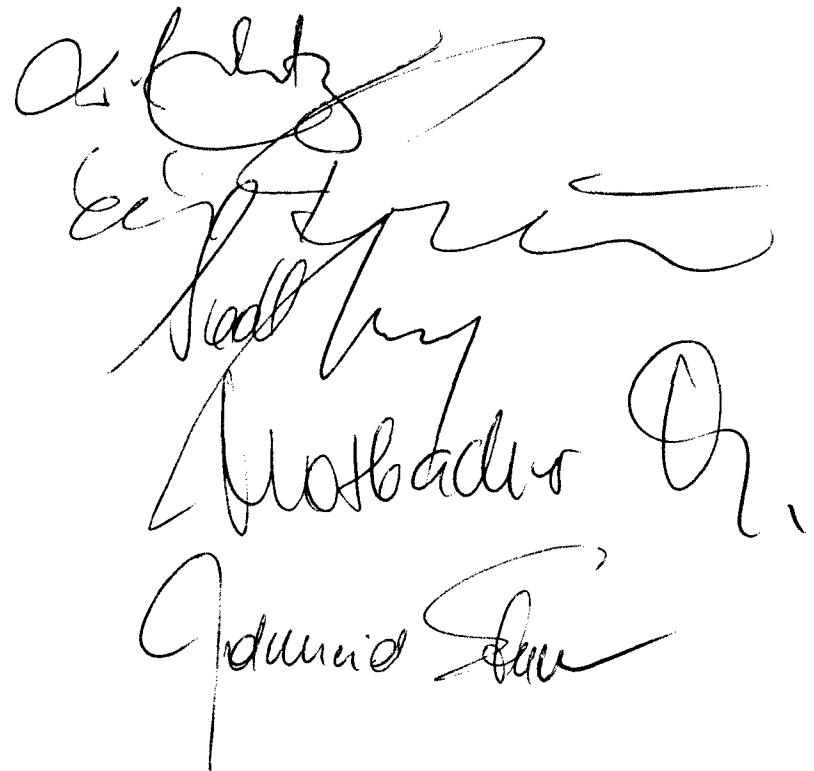
Mit Beschluss des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft des Bundesrates vom 19. Dezember 2005 wurden die Bundesländer eingeladen, eine schriftliche Stellungnahme zum tatsächlichen Bedarf zu übermitteln. Als Begründung zur Einholung einer derartigen Stellungnahme wurde ausgeführt, dass die im Schulpaket II zugesagten 300 zusätzlichen LehrerInnen-Dienstposten nicht ausreichend seien für die Integration und Sprachförderung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache.

Das Amt der Steiermärkischen Landesregierung (11. Jänner 2006), das Amt der Kärntner Landesregierung (17. Jänner 2006) sowie das Amt der Vorarlberger Landesregierung (12. Jänner 2006) und der Verfassungsdienst des Landes Oberösterreich (16. Jänner 2006) haben sich nochmals auf diesen Beschluss der Landeshauptleutekonferenz bezogen und fordern 800 zusätzliche LehrerInnen-Dienstposten zur Sprachförderung.

Die unterzeichneten Bundesräte stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag:

„Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird aufgefordert, 800 LehrerInnen-Dienstposten insbesondere für die Sprachförderung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache zur Verfügung zu stellen.“



The image shows five handwritten signatures stacked vertically. From top to bottom: 1. A signature starting with 'A.' followed by a stylized surname. 2. A signature starting with 'Eg' followed by a stylized surname. 3. A signature starting with 'F.' followed by a stylized surname. 4. A signature starting with 'M.' followed by 'otbacher Dr.'. 5. A signature starting with 'G.' followed by 'dunis Sch'.